



**weed**



Deutscher Naturschutzring



**YEK - KOM**  
FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND



Internationales Zentrum für die  
Menschenrechte der Kurden

**Awadani e.V.**  
Kurdisches Forum Deutschland

**International Rivers Network**  
Linking Human Rights and Environmental Protection



**ZAVD**  
Zentralverband der Assyrischen Vereinigungen  
in Deutschland und Europäischen Sektionen

**Kurdistan AG der  
FU Berlin**

## Stellungnahme zur anstehenden Bürgerschaftsentscheidung für den Ilisu-Staudamm

Die Bundesregierung wird in Kürze eine Entscheidung über die Vergabe einer Ausfuhrbürgschaft für Lieferungen an das Ilisu-Staudammprojekt in der Türkei fällen. Bereits 2002 ist das Projekt einmal aufgrund ökologischer und sozialer Bedenken gescheitert. Seither wurden vom Konsortium eine neue Umweltverträglichkeitsprüfung und ein Umsiedlungsplan (samt Ergänzungen) veröffentlicht. Die zentralen Probleme sind jedoch nach wie vor ungelöst:

### Irreversible Umweltzerstörung:

- Die Aufstauung des Tigris als letztem weitgehend intaktem Fließgewässer hätte gravierende Auswirkungen auf im Ilisu-Gebiet vorkommende Tierarten und würde zu einem erheblichen Verlust an Biodiversität führen, der nicht ausgeglichen werden kann.
- Die Verschlechterung der Wasserqualität würde zur Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung führen.

### Mangelnde Partizipation der Bevölkerung:

- Die betroffene Bevölkerung wurde vollkommen ungenügend informiert und in die Projektplanung einbezogen. Die politische Situation in der Region, die von einer Zunahme gewalttätiger Konflikte und einer sich verschlechternden Menschenrechtslage geprägt ist, erlaubt keine wirkliche Partizipation.
- Die Mehrheit der Betroffenen spricht sich gegen das Projekt aus. In der örtlichen Initiative zur Rettung Hasankeyfs sind über 70 Organisationen - von

Gemeindvertretungen verschiedener politischer Ausrichtung über Berufsverbände bis zu Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen – zusammengeschlossen, die sich gegen den Bau wehren.

### **Drohende Verelendung der Umzusiedelnden:**

- Die türkischen Umsiedlungsgesetze garantieren nicht die Wiederherstellung des Lebensstandards. Damit entsprechen sie nicht internationalen Standards. Der vorgelegte Umsiedlungsplan kann diese Lücke nicht schließen.
- Es ist kein adäquates Land für Umsiedlungen vorhanden.
- Nur Menschen mit Landtiteln haben Anspruch auf Entschädigung.
- Die geplante Entschädigung des Marktwertes der enteigneten Güter reicht nicht für den Wiederaufbau einer neuen Existenz und widerspricht internationalen Standards.
- Die vorgeschlagenen Maßnahmen für die Menschen, die keinen Anspruch auf Entschädigung haben, sind nicht geeignet, die Verelendung der Betroffenen zu verhindern.
- Bei der jetzt beginnenden Enteignung Betroffener wird nicht einmal das im türkischen Gesetz und im RAP vorgesehenen Verfahren eingehalten. Menschen wurden bereits unter Druck gesetzt; Land wurde enteignet, obwohl die Landtitel noch nicht geklärt sind.
- Es fehlt ein ausreichendes Projektbudget für die Enteignung und Umsiedlung.
- Der vom Staudamm produzierte Strom wird nicht der betroffenen Bevölkerung und der Entwicklung der Region zugute kommen.
- Die umliegenden Gemeinden sind nicht in der Lage, die Zuzügler aufzunehmen und mit Infrastruktur zu versorgen. Eine Zunahme der Armut wird für weiteren politischen Zündstoff in der Region sorgen.

### **Nicht hinnehmbarer Verlust von Kulturgütern:**

- Die Region beherbergt eine Vielzahl archäologischer Schätze, die durch den Stausee unwiederbringlich verloren gingen. Die Stadt Hasankeyf bildet eine Einheit aus Kulturgütern und natürlicher Umgebung, die unter Denkmalschutz steht und als Kulturerbe nicht zerstört werden darf. Der vorgelegte „Rettungsplan“ ist weder technisch noch zeitlich realisierbar.

### **Fehlende völkerrechtliche Voraussetzungen:**

- Fehlende Abkommen mit den Nachbarländern verletzen das Völkerrecht und internationale Standards.

Die Bundesregierung hat wiederholt zugesichert, das Ilisu-Projekt nur zu unterstützen, wenn die Einhaltung internationaler Standards gewährleistet ist. Dies ist bis heute eindeutig nicht der Fall: weder Weltbank- und OECD-Standards noch die Umweltleitlinien für Exportkreditagenturen oder Empfehlungen der Weltstaudammkommission werden umgesetzt. Auch Auflagen können keine umwelt- und sozialverträgliche Projektdurchführung gewährleisten. Probleme, die seit Jahren bekannt sind und nicht gelöst wurden, können nicht durch eine Vereinbarung auf dem Papier aus der Welt geschaffen werden. Die Weltbank fordert daher, dass Auflagen vor einer Projektbewilligung umgesetzt sein müssen. Eine Bürgschaftsvergabe unter Auflagen würde somit schon vom Prozedere her internationale Standards verletzen. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, keine Bürgschaft für den Ilisu-Staudamm zu übernehmen.

Berlin, 21. September 2006 (aktualisiert am 29.09.2006)